

Steger, Ulrich

**Article — Digitized Version**

## Vollbeschäftigung durch eine staatliche Wachstumoffensive

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Steger, Ulrich (1977) : Vollbeschäftigung durch eine staatliche Wachstumsoffensive, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 9, pp. 450-454

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135110>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Vollbeschäftigung durch eine staatliche Wachstumsoffensive

Ulrich Steger, Bonn

Kürzlich wurde vom SPD-Parteivorstand das Papier über „Vorausschauende Strukturpolitik für Vollbeschäftigung und humanes Wachstum“ offiziell gebilligt, das von einer Arbeitsgruppe des Vorstands unter Leitung von Wolfgang Roth, MdB, ausgearbeitet wurde. Es soll auf dem bevorstehenden Parteitag abschließend behandelt werden. Die Veröffentlichung dieses Papiers hat ein sehr kritisches Echo gefunden. Zu einigen wesentlichen Kritikpunkten nimmt im folgenden der Bundestagsabgeordnete Ulrich Steger Stellung.

Verfolgt man die wirtschaftspolitische Debatte in den westlichen Industriestaaten, so kann man sich – eingedenk der Tatsache, daß es nicht nur konjunkturelle, sondern auch wissenschaftstheoretische Zyklen gibt – nicht des Eindrucks erwehren, daß durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit sich auch die Politiker wieder mehr mit keynesianischen „Rezepten“ anfreunden. Es sind dieselben Politiker, die sich vor nicht allzu langer Zeit und ausgerechnet kurz vor oder gar während der weltweiten Wirtschaftskrise aus Angst vor angeblich inflationär wirkenden Staatsdefiziten und wachstumshemmenden steigenden Staatsquoten den Ratschlägen der Monetaristen verschrieben und die finanzpolitische Konjunktursteuerung zugunsten der geld(mengen-)politischen Steuerung abgewertet hatten.

Mittlerweile sind jedoch drei entscheidende Nachteile der monetaristischen Konzeption offensichtlich geworden:

sie gilt bestenfalls nur „on the long run“ und bietet keine Ansatzpunkte für das in demokratischen Staaten zur Erhaltung der Massenloyalität notwendige Krisenmanagement „in the short run“, wie es bei ökonomischen Problemkonstellationen des heutigen Ausmaßes unabdingbar ist;

das stabilitätsfixierte Gleichgewichtsideal von Friedman ist keineswegs ein Vollbeschäftigungsgleichgewicht, sondern es existiert eine „natürliche Arbeitslosenrate“, über deren Abbau nur sehr vage Vorstellungen bestehen (abgesehen davon, daß sie nicht mit konjunkturpolitischen Maßnahmen dauerhaft gesenkt werden kann), die aber offenbar für westliche Industriestaaten eine nicht akzeptierbare Höhe aufweist, und

schließlich ist der monetaristische Ansatz ideologisch wie praktisch unabdingbar mit jener zu Recht als neo-merkantilistische Industrialisierungsstrategie bezeichneten Wachstumskonzeption verknüpft, wonach allein über Gewinnsteigerungen und dadurch induzierte Investitionen der Wachstumsprozeß in Gang gehalten bzw. gesetzt werden kann. Angesichts der Probleme der veränderten weltweiten Arbeitsteilung, der knapper werdenden Rohstoffe, der ökologischen Belastungen und der partiellen Sättigungsgrenzen, insbesondere bei industriellen Gütern, ohne gleichzeitige Innovationen, die neue und zusätzliche Nachfrage schaffen, dürfte jedoch diese von absolutem marktwirtschaftlichen Optimismus geprägte Vorstellung wenig problemadäquat sein.

So regt sich denn allerorten eine „keynesianische Gegenrevolution“; getreu dem Wort von Joan Robinson, wonach Keynes' Problem seinerzeit das Niveau der vollbeschäftigungssichernden Nachfrage, heute aber ihr Inhalt das Problem sei, sind die Promotoren dieser Gegenbewegung vor allem struktur- und damit wachstumspolitisch orientiert,

---

*Dr. Ulrich Steger, 33, SPD-MdB, war bis Oktober 1976 wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Theoretische Wirtschaftslehre der Ruhr-Universität Bochum.*

nicht zuletzt deshalb, weil die Grenzen der bisherigen Globalsteuerung recht deutlich gesehen werden.

Jüngstes Zeugnis für den Eingang der „Keynes-Renaissance“ in die praktische Politik für die Bundesrepublik ist das offiziell vom SPD-Partei-vorstand gebilligte Papier über „Vorausschauende Strukturpolitik für Vollbeschäftigung und humanes Wachstum“<sup>1)</sup>, dessen Vorschläge bereits auch bei den neuen konjunkturpolitischen Überlegungen der Bundesregierung eine Rolle spielen.

Sieht man von den – leider nur in der Bundesrepublik so festgefahrenen – „ordnungspolitischen“ Voreingenommenheiten ab, so konzentrierte sich die Diskussion über dieses Papier berechtigterweise auf die mögliche Wachstumsfunktion der öffentlichen Haushalte und die damit verbundenen staatlichen Eingriffe sowie auf die geforderte Neuorganisation der wirtschaftspolitischen Willensbildung, insbesondere die vorgeschlagenen „Strukturrate“.

### Ziele und Ansatzpunkte

Bevor auf diese Diskussionen ausführlicher eingegangen wird, sei der Inhalt dieses politischen Programm-Papiers kurz skizziert. Aufgabe war, die grundsätzlicheren wirtschaftspolitischen Aussagen des „Orientierungsrahmen '85“ so zu präzisieren, daß sie Grundlage der praktischen Politik sein konnten. So wurden denn auch keine neuen Ziele formuliert, sondern nur der Vorrang der Vollbeschäftigung, das Postulat eines qualitativen Wachstums („humanes Wachstum“) und die Notwendigkeit der Demokratisierung der Wirtschaft kurz präzisiert. Insbesondere zieht sich durch das gesamte Konzept als roter Faden ein Wachstums-optimismus, der sehr im Widerspruch zu dem derzeit herrschenden Pessimismus steht.

Dies soll allerdings nicht heißen, daß das gegenwärtige Problempanorama ignoriert würde: knapp die Hälfte des Papiers ist der Analyse der gegenwärtigen ökonomischen Krisenursachen – beginnend mit der inländischen Nachfrageschwäche, den Folgewirkungen der „neuen Weltwirtschaftsordnung“, über die Energie- und Umweltprobleme bis hin zur praktizierten Wirtschaftspolitik – gewidmet. Insbesondere der letzte Aspekt war für eine Arbeitsgruppe der Regierungspartei nicht einfach zu bewältigen, die seinerzeit die Globalsteuerung in die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik eingeführt hatte. Aber unbestritten ist mittlerweile, daß die dem Stabilitäts- und Wachs-

tumsgesetz zugrunde liegende Konzeption wegen ihrer Nachfrageorientierung wenig zur Bekämpfung der ganz anders gearteten Inflationsursachen (insbesondere wegen des Verteilungskampfes und der Preisrigiditäten auf vermachteten Märkten) geeignet ist und ungewollte (und ungewisse) strukturelle Wirkungen hat, den Konzentrationsprozeß und regionale Disparitäten eher fördert und bislang insbesondere durch das Verhalten der Länder und Gemeinden kaum antizyklisch oder verstetigend gewirkt hat. Zudem sind die langfristig angelegten staatlichen (Infrastruktur-) Investitionen ein denkbar ungünstiger Ansatzpunkt für kurzfristige konjunkturpolitische Variationen, wie generell das Instrumentarium der Globalsteuerung kaum auf die neuen Probleme der weltweiten Wirtschaftskrise zugeschnitten ist.

Aus dieser Analyse wird auch die Schlußfolgerung gezogen, daß der Anstoß zur Überwindung der Unterbeschäftigung – und dies ist ein keynesianischer Ansatz – durch staatliche Initiativen erfolgen muß, da auf der privatwirtschaftlichen Seite unseres gemischtwirtschaftlichen Systems kein Schumpeterscher Innovator zu sehen ist, der dies leisten könnte. Allerdings sind die öffentlichen Hände z. Z. nur sehr begrenzt in der Lage, ihre wachstumspolitische Aufgabe zu übernehmen, so daß z. T. neue Instrumente und eine bessere wirtschaftspolitische Willensbildung nötig sind, um diese Funktion adäquat wahrzunehmen.

### Wachstumsfunktion der öffentlichen Haushalte

Die Wachstumsfunktion der öffentlichen Haushalte liegt dort, wo bisher unbefriedigte oder neue Nachfragefelder unmittelbar oder durch staatliche Incentives abgedeckt werden können. Aus dem breiten Fächer der notwendigen Maßnahmen zeichnen sich – neben dem Ausbau des Dienstleistungssektors – drei Schwerpunkte ab:

die Bereiche, die unter dem Schlagwort „Lebensqualität“ zusammengefaßt werden, insbesondere die Umweltpolitik, die Humanisierung des Arbeitslebens, die Sanierung der Innenstädte und die Altbau modernisierung;

oft mit dem ersteren verbunden sind die Gebiete der rationellen Energie- und Rohstoffverwendung, wo z. T. neue Technologien (z. B. Wärmepumpe, Solarkollektoren) vor der breiten Markteinführung stehen, die beschleunigt werden kann, wo aber auch bekannte Technologien unter den veränderten Bedingungen eine forcierte öffentliche Förderung verdienen (z. B. Ausbau der Fernwärme, Rohstoffgewinnungen aus Müll), und schließlich

die Entwicklungshilfe, die für die deutsche Wirtschaft durch ihre Industriestruktur besondere Beschäftigungschancen bietet, die auch genutzt

<sup>1)</sup> Jetzt erschienen in: Forum SPD, hrsg. vom SPD-Partei-vorstand, Bonn, Juni 1977.

werden müssen, um die sich aus der Veränderung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ergebenden Arbeitsplatzverluste (ca. 700 000–1,5 Mill. bis 1985) zu kompensieren. Der spezifische Vorschlag des SPD-Papiers ist ein „Solidaritätsprogramm Südeuropa“: Die hochentwickelten Staaten Mittel- und Nordeuropas finanzieren mit nationalen Beiträgen einen Solidaritätsfonds für die südeuropäischen Länder, die an der Schwelle der Industrialisierung stehen (z. B. Portugal, Spanien, Griechenland). Nach dem Muster des deutschen ERP-Sondervermögens werden mit billigen Krediten Infrastrukturprojekte und Investitionen in der gewerblichen Wirtschaft dieser Länder gefördert. Insbesondere wegen der relativ vergleichbaren Angebots- und Nachfragestrukturen erhofft man sich davon, daß der wirtschaftliche Aufschwung Südeuropas auch auf Nord- und Mitteleuropa ausstrahlt. Die Finanzierung dieses Kreditprogramms könnte – ebenso wie der Aufbau nationaler Rohstoffreserven – über die Devisenreserven der Bundesbank erfolgen.

### Einwände

Kritisch ist oft, insbesondere zum ersten Punkt, angemerkt worden, daß es keine vergabereifen Projekte gäbe und/oder keine Mittel dafür vorhanden wären. Zum ersten Einwand muß gesagt werden, daß dies – neben der z. T. willkürlichen Kompetenzverteilung zwischen den drei staatlichen Ebenen – an den oft recht rigiden Kriterien liegt, die bei der Ausarbeitung von Programmen angewandt werden. Als Beispiel sei aus dem 16-Mrd.-Programm für Zukunftsinvestitionen der Bereich Lärmschutz an Straßen genannt, der mit 50 Mill. dotiert wurde, obwohl in diesem Bereich ein Investitionsdefizit von 5–8 Mrd. DM (je nach dem als tolerabel angesehenen Lärmpegel) besteht. Schriebe Keynes heute die „Allgemeine Theorie“ neu, würde er sicherlich statt Löchergraben Lärmschutzmaßnahmen als „klassische“ Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen empfehlen (soviel haben wir eben doch schon gelernt): sie sind beschäftigungsintensiv (Aufstellung durch angelernte Arbeitskräfte), helfen notleidenden Branchen (Stahl- bzw. Aluminium- und metallverarbeitende Industrie), haben kaum Folgekosten und keinen (später wieder depressiv wirkenden) Kapazitätseffekt.

Die angeblich fehlenden Mittel können ökonomisch dann nicht überzeugen, wenn sich die gesamten Kosten der öffentlichen Hand für einen Arbeitslosen der 20 000-DM-Grenze nähern, nicht gerechnet die Verschwendung von menschlicher Arbeitskraft. Auch wenn die Erkenntnis mittlerweile weit verbreitet sein dürfte, daß für eine Gesellschaft nichts teurer sein dürfte als Arbeitslosig-

keit, so sind der Umsetzung dieser Erkenntnis praktische Maßnahmen dadurch Grenzen gesetzt, daß die Kosten der Arbeitslosigkeit und die Kosten von Beschäftigungsprogrammen bei unterschiedlichen „Töpfen“ der öffentlichen Hände zu fallen, so daß gesamtwirtschaftlich rationales Verhalten nicht mit „einzelwirtschaftlicher“ Rationalität deckungsgleich ist.

Neuralgisch aber wird es, wenn jenseits der öffentlichen Haushalte Privatinvestitionen auf den o. Gebieten induziert werden sollen – sei es, wie beispielsweise zunächst mit öffentlichen Mitteln finanzierte Modellvorhaben zur Humanisierung der Arbeitswelt nun auf dem Verordnungswege allgemein durchgesetzt werden sollen, oder wie komplementäre Investitionen im Umweltschutzbereich (z. B. Bau von Kläranlagen) verlangt werden. Hier wird oft argumentiert, dies sei eine „Belastung der Industrie“ mit zusätzlichen Kosten. Abgesehen davon, daß diese Kosten in der Regel weitergewälzt werden (wogegen auch gar nicht einzuwenden ist, da hierdurch in der Regel billige soziale Kosten in privatwirtschaftliche umgewandelt werden und so die – gestiegenen Preise die tatsächlichen Aufwendungen besser widerspiegeln, damit allerdings Nachfrageverschiebungen induzieren), müssen hier vor allem die langfristigen Wachstums- und kurzfristigen Beschäftigungseffekte gesehen werden. Nach einer Studie des Bundesinnenministeriums beträgt die Gesamtzahl der neu geschaffenen oder gesicherten Arbeitsplätze im Bereich der Produktion von Umweltschutzgütern über 250 000, während die Zahl der verlorenen Arbeitsplätze minimal ist. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die schärfer gewordenen Umweltschutzaufgaben nur für neue Anlagen gelten, während ein „back-fitting“ alter Anlagen nur in wenigen Ausnahmefällen verlangt werden kann.

### Beschäftigungschancen im Dienstleistungssektor

Nach allen verfügbaren Unterlagen ist im privaten wirtschaftlichen Teil des Dienstleistungssektors teils wegen großer Rationalisierungsmöglichkeiten teils wegen der durch überproportionale Preissteigerungen gebremsten Nachfrage – nicht nur positiven Beschäftigungseffekten zu rechnen. Dies bleibt auch hier wiederum nur der staatliche Sektor, der zusätzliche Arbeitsplätze bereitstellen kann.

Nach den Untersuchungen des DIW gibt es zwar kein generelles Defizit an staatlichen Dienstleistungen mehr, jedoch sind wichtige Bereiche wie Gesundheit, Erholung, Rechtsschutz, Unterricht und Wissenschaft (insbesondere im Bereich der Erwachsenenbildung) usw. nach wie vor unter-

sorgt. Von daher erscheint es möglich, bis 1980 rd. 250 000 neue Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor zu schaffen (was eine jährliche Einstellungsquote von + 2% bedeutet). Auch hier stand die Frage der Finanzierbarkeit im Mittelpunkt der Diskussion, so daß es angebracht erscheint, dieses Thema etwas ausführlicher zu behandeln.

### Neuralgischer Punkt Finanzierung

Neben der prinzipiellen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung, die einleitend skizziert wurde, war ein wichtiger Kritikpunkt die Frage der Finanzierbarkeit dieser Vorschläge und die möglichen inflationären Nebenwirkungen. Im Papier selber finden sich dazu eine Reihe von Vorschlägen, die sich auf das beschränken, was im institutionellen Gefüge der Bundesrepublik „machbar“ erscheint. Von der Finanzpolitik wird zunächst aus beschäftigungspolitischen Gründen eine höhere Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hand erwartet. Für die Steuerpolitik bedeutet die Forderung nach einer dauerhaften und „angemessenen Finanzgrundlage“ letztlich, daß die – mehr aus psychologischen Gründen – notwendigen Entlastungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer durch Anhebungen im Bereich der indirekten Steuern kompensiert werden.

Neben diesen mehr traditionellen Finanzierungsinstrumenten werden fünf weitere Vorschläge unterbreitet:

- Erwähnt wurde schon die Forderung, die Devisenreserven der Bundesbank für Zwecke der Entwicklungspolitik und Rohstoffsicherung zu mobilisieren.
- Um den Einsatz staatlicher Mittel für die Modernisierung der Wirtschaft zu verstetigen, zu vergrößern und transparenter zu machen, wird ein „Strukturfonds“ vorgeschlagen, der aus dem ERP-Sondervermögen und der Kreditanstalt für Wiederaufbau gebildet und durch Haushaltsmittel aufgestockt wird.
- Die sich in öffentlicher Hand befindenden Banken sind darauf zu verpflichten, die öffentlichen Entwicklungsplanungen zu unterstützen (wie überhaupt die öffentlichen Unternehmen stärker für gesamtwirtschaftliche Ziele eingesetzt werden sollen).
- Um unerwünschte Auswirkungen der globalen Geldmengen- und Zinspolitik der Bundesbank zu verhindern, soll das kreditpolitische Instrumentarium um das Instrument der Aktivreserve ergänzt werden, das auf Antrag der Bundesregierung in Kraft gesetzt werden soll und auch gezielt zur Strukturentwicklung eingesetzt werden kann.

- Es soll eine Umorientierung der staatlichen Gebührenpolitik erfolgen.

Der letzte Punkt ist von besonderer Bedeutung, da eine der Ursachen der Finanzmisere der öffentlichen Haushalte darin liegt, daß die Auffassung vorherrschte, staatliche Dienstleistungen müßten kostenlos angeboten werden. Dadurch wurden die öffentlichen Haushalte so „zugemauert“, daß eine Reaktion auf neue Bedürfnisse mangels Masse nicht mehr erfolgen kann. Die gegenwärtige Steuerdebatte zeigt, daß die Kosten dieser Leistungen im Bewußtsein der Bürger nicht verankert sind.

Leider ist dieses Thema – nicht zuletzt durch die Diskussion um die sogenannte „Privatisierung“ – sehr emotional belastet und wird auch zu pauschal angegangen. Denn bei etlichen Dienstleistungen (z. B. Bildungseinrichtungen) hat es seine guten Gründe, daß sie für die Benutzer ganz oder nahezu kostenfrei sind. Bei anderen fehlt dagegen jegliche Begründung. Angesichts der sehr unterschiedlichen Situation bei den vielfälti-

**Jaeger+Waldmann**

Der **1.** Weltweite Werbeträger seiner Art mit Verbreitung in allen an das internationale Telexnetz angeschlossenen Ländern und I.V.W.-kontrollierter Auflage.

Für den deutschen Teil hat nur der Telex-Verlag Jaeger+Waldmann das Alleinrecht zur Auswertung der amtlichen Unterlagen der Deutschen Bundespost in Zusammenarbeit mit der Deutschen Postrel. Anst. GmbH.

**Jaeger+Waldmann**

Die **1.** Ausgabe dieses internationalen Telex-Verzeichnisses erschien vor 25 Jahren. Seitdem erscheint dieses Nachschlagewerk regelmäßig jedes Jahr mit den aktuellsten Telexdaten. Jeder Buchbezieher erhält regelmäßig Nachträge mit Neuanschlüssen und Telexinformationen.

**Jaeger+Waldmann**

Die Nr. **1** der internationalen Telex-Verzeichnisse auf 10.000 Seiten sind die Telexteilnehmer von 180 Ländern alphabetisch nach Branchen und Namensgebern aufgeführt. Die 25. Ausgabe ist zu beziehen.

Bitte fördern Sie Informationsmaterial an:

**TELEX-VERLAG JAEGER+WALDMANN**  
**D-6100 Darmstadt, Hofhofallee 38**  
**Tel. (06151) 84036, Tx 419389 tlx d**



gen Sparten im öffentlichen Bereich verbieten sich einheitliche Regelungen. Verwiesen sei jedoch auf das Modell, das beim öffentlichen Nahverkehr eine Rolle gespielt hat: Die öffentliche Hand trägt die Investitionskosten, während die laufenden Betriebskosten durch Gebühren (hier: Fahrpreise) gedeckt werden. Zumindest für weite Bereiche des Freizeit- und Erholungsbereiches bietet sich diese Kostenaufteilung — neben der Möglichkeit der Sozialtarife — als Orientierungsregelung an.

Bleibt die Frage der inflationären Nebenwirkungen. Zwei Punkte sind m. E. hier entscheidend: Die Angst vor den inflationären Nebenwirkungen der Staatstätigkeit hat zumindest in der letzten Rezession und dem folgenden Aufschwung den Abbau der Arbeitslosigkeit beeinträchtigt<sup>2)</sup>. Und die Annahme, daß in einer Unterbeschäftigungssituation gezielte, an Strukturproblemen orientierte Nachfrageanregungen vornehmlich zum Ausgangspunkt von sich erneut beschleunigenden Preissteigerungen werden, impliziert letztlich ein so absolut negatives Urteil über die Funktionsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Teils unserer Wirtschaft, daß alle hier vorgeschlagenen Maßnahmen als bloßes Kurieren an Symptomen erscheinen müssen.

### Neue Willensbildungsprozesse

Der zweite Schwerpunkt der kritischen Diskussion konzentrierte sich auf die Ineffizienz der staatlichen Willensbildung bei ökonomischen Entscheidungen und die hierzu gemachten Vorschläge. Relativ unstrittig sind dabei die Forderungen, die gesamte Strukturpolitik auf eine bessere Informationsgrundlage (mit einer regelmäßigen Strukturberichterstattung) zu stellen und die mittelfristige Finanzplanung zu einer ressortübergreifenden Aufgabenplanung weiterzuentwickeln.

Strittiger war schon die geforderte Einrichtung von Strukturräten. Dabei soll es zunächst den „Strukturrat der öffentlichen Hand“ geben, der aus dem (bereits existierenden) Finanzplanungsrat und dem Konjunkturrat besteht und der von Zeit zu Zeit zur Beratung strukturpolitischer Fragen zusammentritt. Daneben soll die „Konzertierte Aktion“, zu einem „Strukturrat der sozialen Gruppen“ so weiterentwickelt werden, daß sie auch strukturpolitische Aufgaben übernehmen kann (insbesondere sollen für branchenspezifische Probleme Unterausschüsse gebildet werden). Dadurch soll einmal die Meinungsbildung der gesellschaftlichen Gruppen zum Strukturwandel koordiniert werden und eine bessere Abstimmung zwischen staat-

licher Strukturpolitik und privaten Unternehmensplanungen hergestellt werden.

Die formellen Aufgaben der Strukturräte liegen in dem Recht zur Stellungnahme, zur Anhörung und zu Vorschlägen zu faktisch allen wichtigen strukturpolitischen Vorgängen (einschließlich den Rahmenplänen der Gemeinschaftsaufgaben nach Art. 91 a Grundgesetz und den Strukturberichten der Bundesregierung) sowie in einem Empfehlungsrecht bei Standortentscheidungen öffentlich geförderter Großvorhaben von Privatunternehmen und öffentlichen Unternehmen.

Neben den ordnungspolitischen Bedenken wurde vor allem die Befürchtung geäußert, daß die Einigung der verschiedenen Gruppen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner nicht zu innovativen Lösungen führen und im Ergebnis eher eine Tendenz zum Abblocken der Strukturwandlungen deminieren würde. Damit wäre aber der „Output“ der Willensbildungsprozesse der Strukturräte lediglich dem ähnlich, was sich aus den bisherigen, sehr fragmentierten und unkoordinierten Entscheidungsstrukturen ergibt.

Eine rationale Bewältigung des Strukturwandel erfordert von der Strukturpolitik jedoch ein Mehr an politischer Willensbildung und politischer Legitimation als bisher. Denn Strukturpolitik verteilt Chancen und beeinflußt Risiken, für die es heute eine politische Legitimation geben muß, wenn ein positives Handeln aller Beteiligten sichergestellt sein soll. Die zunehmende Komplexität des Wirtschaftsprozesses erfordert eine Verzahnung von öffentlichen und privaten Investitionen, nicht zuletzt auch im Hinblick auf den (bisher unterschätzten) Zeithorizont und die Inanspruchnahme knapper Ressourcen. Wer vom Staat fordert, daß er den Strukturwandel fördert und absichert (unwer tut dies heute ungeachtet aller marktwirtschaftlichen Glaubensbekenntnisse nicht) und da der Staat große Prognose- und Koordinationsleistungen dafür erbringt, der muß auch die Konsequenzen daraus für sein eigenes Verhalten ziehen und die Notwendigkeit der besseren Koordination im staatlichen Sektor einerseits und zwischen Staat und privaten Gruppen andererseits anerkennen.

Ob die Strukturräte dies leisten können, kann natürlich abschließend niemand beantworten, weil dies letztlich die Praxis entscheidet. Per Se scheint aber der Versuch lohnenswert — nicht zuletzt deshalb, weil die Ergebnisse kaum dem gegenwärtigen Zustand verschlechtern können. Und der Problemdruck in den kommenden Jahren ist zu groß, als daß Chancen auf effizientere Entscheidungsprozesse vertan werden könnten.

<sup>2)</sup> Vgl. DIW-Wochenberichte 18/1977 und 31/1977 sowie die Gemeinschaftsdiagnose der Forschungsinstitute vom Frühjahr 1977.